

Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages,

ich wende mich als Geschäftsführerin des Studentenwerkes Frankfurt (Oder) an Sie, um auf eine äußerst besorgniserregende Angelegenheit aufmerksam zu machen, die unsere Studierenden und ihre Bildungschancen betrifft. Die geplanten Haushaltskürzungen, über die derzeit im Zusammenhang mit dem Bildungsbereich diskutiert wird, bedrohen unsere Studierenden und ihre Zukunftsaussichten.

Nach dem aktuellen Plan von Bundesfinanzminister Christian Lindner sind scheinbar 500 Millionen Euro weniger für den Bildungsetat vorgesehen als im vorherigen Jahr. Dies würde den Etat auf 1,37 Milliarden Euro schrumpfen lassen. Als Geschäftsführerin des Studentenwerkes Frankfurt (Oder) setzen wir uns täglich dafür ein, die Lebensbedingungen und Bildungsmöglichkeiten unserer Studierenden in Eberswalde, Frankfurt (Oder), Cottbus und Senftenberg zu verbessern. Diese geplanten Haushaltskürzungen stellen eine ernsthafte Bedrohung für unsere Bemühungen dar und gefährden die Bildungschancen unserer Studierenden.

Bildung ist ein fundamentales Recht und ein wesentlicher Bestandteil einer gerechten Gesellschaft. Jeder Studierende sollte die Möglichkeit haben, eine qualitativ hochwertige Ausbildung unabhängig von finanziellen Hürden zu erhalten. Indem wir den Zugang zur Bildung für alle erleichtern, fördern wir nicht nur individuelle Potenziale, sondern stärken auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die geplanten Haushaltskürzungen stehen jedoch im Widerspruch zu diesen Grundsätzen. Ich bin der festen Überzeugung, dass Bildungschancen für alle Studierenden, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder finanziellen Situation, gewährleistet sein müssen. Dafür sind finanzielle Unterstützung und eine angemessene Ausstattung der Bildungseinrichtungen von entscheidender Bedeutung.

Als Geschäftsführerin des Studentenwerkes Frankfurt (Oder) weiß ich um die Auswirkungen finanzieller Schwierigkeiten auf unsere Studierenden. Viele von ihnen sind auf BAföG, Stipendien oder Teilzeitjobs angewiesen, um ihr Studium zu finanzieren. Durch Haushaltskürzungen wird der Zugang zu diesen Unterstützungsmöglichkeiten erschwert, was zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung führt und die Bildungschancen unserer Studierenden gefährdet. Statt Kürzungen benötigt das BAföG dringend eine vollständige Strukturreform, um gleiche Chancen auf Bildung zu verwirklichen und die Fachkräfte von morgen zu fördern.

Die dringend erforderliche Anhebung der Bedarfssätze, der Freibeträge und der Wohnkostenpauschale sind mit diesem Haushaltsansatz nicht finanzierbar. Auch eine mögliche Strukturreform 2024 wäre nach dem aktuellen Stand nicht bezahlbar, und das, obwohl das BAföG schon in der Vergangenheit so kaputtgespart wurde, dass es nur noch rund 11 Prozent der Studierenden erreicht und das Bundesverwaltungsgericht es mittlerweile für verfassungswidrig hält.

Wenn es bei der weiteren Aushöhlung des BAföG bleiben soll, müsste Ihnen das Bundesministerium für Bildung und Forschung die folgenden Fragen für Studierende in Ihrem Wahlkreis vor einer Beschlussfassung schlüssig beantworten:

- Wie ist es zu rechtfertigen, dass der gegenwärtige Bedarfssatz im BAföG inklusive Wohnkostenpauschale mit 812 Euro um 97 Euro unter dem steuerlichen Existenzminimum liegt?
- Wie ist es zu rechtfertigen, dass der Regelsatz für das Bürgergeld, der das Existenzminimum abbilden soll, bei 502 Euro liegt, während der Grundbedarf beim BAföG lediglich bei 452 Euro liegt und somit 50 Euro unter diesem Existenzminimum?
- Wie ist es zu rechtfertigen, dass die BAföG-Wohnkostenpauschale mit 360 Euro um 50 Euro niedriger liegt als der Mietanteil von 410 Euro, der in der für den Elternunterhalt maßgeblichen Düsseldorfer Tabelle vorgegeben wird?
- Zusammengefasst: Sind Studierende Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse?

Es ist dringend an der Zeit, dass die Politik handelt und für eine chancengerechte Bildung einsteht. Die geplanten Haushaltskürzungen müssen überdacht werden, um sicherzustellen, dass unsere Studierenden die bestmöglichen Bildungschancen erhalten. Eine Investition in die Bildung ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes.

Ich appelliere an Sie, sich für eine angemessene finanzielle Unterstützung unserer Studierenden einzusetzen. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass Bildung für alle zugänglich bleibt und dass unsere Studierenden die Möglichkeit haben, ihr volles Potenzial auszuschöpfen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Engagement. Ich stehe Ihnen gerne für weitere Informationen oder ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Monique Zweig